# Positionspapier zu Aufgaben und Rahmenbedingungen der Lehrkräfte und Schulleitungen im Land Brandenburg

In den letzten Jahren hat sich die Arbeitsbelastung von Lehrkräften und Schulleitungen im Land Brandenburg deutlich erhöht, was durch die Pandemie und den zunehmenden Lehrermangel weiterhin verstärkt wird.

Bereits im Jahr 2019 wiesen alle Verbände im Rahmen eines Fachgesprächs im Bildungsausschuss des Landtages auf die besonderen Belastungen für Lehrkräfte und Schulleitungen hin. Die bestehenden Problemlagen werden auch seit Jahren in den Dienstberatungen der Schulleiterinnen und Schulleiter thematisiert.

Die Schulleitungen und Kollegien können die Vielfalt der Aufgaben nur noch mit höchstem Einsatz und teils auf Kosten der Gesundheit bewältigen. Das wirkt sich auf die Qualität und die Arbeitszufriedenheit in den Schulen aus. Hinzu kommen im Kontext der Corona-Pandemie zahlreiche zusätzliche Aufgaben, welche die Arbeitsbelastungen für alle an Schulen Tätige erhöhen, wie zum Beispiel Teststrategie, ad hoc Umfragen, Lernstandsanalysen, Fortführen des Hygieneplans, Anpassung der schulinternen Curricula, Durchführung und Auswertung der Lernausgangslagen, Organisation der Umsetzung der Maßnahmen im Programm „Aufholen nach Corona“.

Um perspektivisch die schulische Arbeit weiterhin auf hohem Niveau umsetzen zu können, braucht es jetzt Entlastungen und zusätzliche Ressourcen für alle Schulformen. Die Arbeitsbedingungen an Brandenburger Schulen müssen umgehend verbessert werden.

Daher schlagen die das Schreiben unterzeichnenden Verbände vor:

1. **Schaffung von Funktionsstellen**

Als ein mögliches zielführendes und nachhaltiges Handlungsfeld sehen wir in diesem Rahmen die Einführung von zusätzlichen Funktionsstellen. So fehlt im Leitungsbereich an den weiterführenden Schulen und OSZ ein Koordinator/ eine Koordinatorin sowie an kleineren Grundschulen die Stelle des stellvertretenden Schulleiters. Die Verwaltungsaufgaben in den Schulen sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Diese Aufgabenfelder, wie zum Beispiel die Begleitung baulicher Maßnahmen, die Anschaffung von Lehr-und Lernmitteln, die Umsetzung des Digitalpaktes etc. stellen Schulleitungen mit ihrer pädagogischen Profession zunehmend vor komplexe Aufgaben, für die sie nur unzureichend Zeit haben und darüber hinaus nicht ausgebildet sind. Pädagogische Prozesse können nur unzureichend angeschoben und begleitet werden, da formale Verwaltungsaufgaben viel Zeit binden.

Im Bereich der Lehrkräfte werden sämtliche Aufgaben, die über den Unterricht hinausgehen im Unterschied zu anderen Bundesländern, auf Freiwilligenbasis übernommen. Dazu zählen unter anderem die Leitung von Fachkonferenzen, die Leitung von Jahrgangsteams etc. Die Lehrkräfte sind zunehmend nicht mehr bereit, ohne Anerkennung ihrer Arbeit, diese Zusatzleistungen zu erbringen.

Die Verbände sehen als Lösung die Schaffung von Funktionsstellen, die hinreichend beschrieben und zeitlich an die Aufgabe gebunden sind.

1. **Ausreichen von Beförderungsämtern**

Es gibt in Brandenburg keine Beförderungsämter für Lehrkräfte, so dass das Eingangsamt in der Regel die höchste mögliche Einstufung darstellt. Damit fehlen Entwicklungsmöglichkeiten und Anreize für die Lehrkräfte an den Schulen.

Auch die Konkurenzsituation zu anderen Bundesländern benachteiligt Brandenburger Lehrkräfte. Diese bewerben sich häufig mit A14 oder A15 und haben damit einen Vorteil gegenüber der A13 der Brandenburger Lehrkräfte. Hier muss eine Lösung gefunden werden. Zum Beispiel könnten Ausschreibungen nur landesintern erfolgen.

Um die brandenburgischen Lehrkräfte bis zur regulären Pensionierung im System zu halten, schlagen wir vor, die schon früher diskutierte Regelung aufzugreifen, eine Regelbeförderung mit 60 Jahren in die Gehaltsgruppe A14 vorzubereiten.

Wir Lehrerverbände und alle Lehrkräfte des Landes und auch die brandenburgische Politik stehen für eine zukunftsfähige und moderne Schullandschaft. Einige, der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sind kurzfristig realisierbar, andere sind langfristig von der jetzigen aber auch zukünftige Regierung Brandenburgs umzusetzen.

Wir verbinden dieses Schreiben mit der Bitte, zu unseren vorgeschlagenen Punkten in eine Diskussion mit dem Ziel zu kommen, unser Bildungssystem zu verbessern und unsere Lehrkräfte an den Schulen zu unterstützen.

November 2021

*Dirk Lenius* - GGG - Gemeinnützige Gesellschaft der Gesamtschulen Brandenburg*,*

*Denise Sommer* - Grundschulverband Landesgruppe Brandenburg,

*Thomas Pehle* - BLV (Brandenburgischer Lehrerverband beruflicher Schulen e.V*.),*

*Ulrike Kleissl, Franka Rufflet* - Verband Sonderpädagogik, Landesverband Brandenburg*,*

*Kathrin Wiencek* – Philologenverband Berlin- Brandenburg,

*Torsten Kleefeld* - Verband der Gymnasialschulleiter,

*Werner Lindner* – Verband Brandenburgischer Oberschullehrer